

Die U-70 gratuliert



Ansprache zur 20-Jahr-Feier der Gemeinschaft Solothurnischer Alters- und Pflegeheime

18. November 2011

Nach zwei Vorspeisen müssen Sie mich kurz vor dem Hauptgang noch verdauen. Im Programm habe ich gelesen, dass anschliessend 5 – 6 Songs live vorgesehen sind. Ich bin erleichtert gewesen, als ich gesehen habe, dass Kurt Friedli, bei dem das Gleiche gestanden hat, nicht selbst gesungen und er nur die obligate Rede gehalten hat. Obwohl wir darauf achten sollten, dass überall möglichst gute Stimmung ist, finde ich, dass es nicht unbedingt zum Kerngeschäft von Politikerinnen und Politikern gehört, im Musikgeschäft tätig zu sein. Wie es mit der Gesangkunst herauskommen kann, sehen sie bei Silvio Berlusconi, dem abtretenden Ministerpräsidenten von Italien. Er beglückt das Land zum Abschied mit einer selbst komponierten und geschriebenen Liedersammlung auf CD, die vermutlich niemand mehr hören will; anstatt einfach leise „Servus“ zu sagen und mit Befriedigung zu merken, dass er mit seiner letzten politischen Handlung, dem Rücktritt, nun auch noch etwas Gutes getan hat. Immerhin verschont er uns davor, die Lieder selbst zu singen.

Nun, das Verhältnis zwischen der GSA und dem Kanton ist auch nicht immer ohne Musik. Das ist normalerweise ganz normal und liegt in der Natur der Sache. Die GSA vertritt die Interessen der Alters- und Pflegeheime, der Kanton tritt dafür ein, dass nicht zu viele und nicht zu wenig Plätze vorhanden sind, die Leistung und die Preise stimmen, und treuhänderisch für die Gemeinden – obwohl solches wider besseres Wissen immer wieder bestritten wird – dass die Kosten einigermaßen im Rahmen bleiben. Wenn's hüben wie drüben mal verbale Ausrutscher gibt, dann sind die am besten unter dem Titel: „Zwischentöne“ abzubuchen. Die Regierung versucht dann zu vermeiden, dass die Musiker in den Orchestergraben fallen und die Symphonie nicht zur „Unvollendeten“ wird. Zudem verstehen sich Regierungsrätinnen und –räte auch als so etwas wie vom Volk gewählte Feuerlöcherinnen und Feuerlöcher. Wir haben Brandherde an der Quelle zu bekämpfen. Sollte jemand „zeuserle“ dann müssen Sie mir das jedoch nicht unbedingt sofort melden; auch dann nicht, wenn's in einer Ecke irgendwo Schwaden hat. Das sind oft nur Dunst- oder Nebelschwaden, wie ich auch das auch schon in Publikationsorganen gelesen habe. Diese werden meist von den Verfassern selbst in die Welt gesetzt, um dann eine wichtige Rolle bei deren Beseitigung einzunehmen. Hinweise nehme ich hingegen jederzeit gerne und mit einem offenen Ohr entgegen. „Rätsche“ finde ich weniger toll, und mit „diffamieren“ findet man sich bei mir in der Regel rasch wieder in der Ausgangstüre. Dankbar bin ich jedoch, über echte Feuer im Dach Bescheid zu wissen, bevor droht, dass das gemeinsame Haus bis auf die Grundmauern abbrennt.

Ein paar ernstzunehmende Brandherde hat es im letzten Herbst gegeben, als die Umsetzung der Pflegefinanzierung ein erstes Mal zur Diskussion gestanden ist. Obwohl männiglich angeheizt hatte und im Schaufenster munter gestritten worden ist, hat der Regierungsrat eher Wert darauf gelegt, mit der notwendigen Geduld, die es braucht, an den Inhalten zu arbeiten oder arbeiten zu lassen, notwendige Korrekturen vorzunehmen und nicht noch „es Schittli“ draufzulegen. Die zwischenzeitlich erfolgte Diskussion, in die auch die GSA einbezogen wurde, ist aus meiner Sicht sehr fruchtbar verlaufen. Wir sind zwar für ein Mal nicht bei den ersten gewesen, die eine Neuerung eingebracht haben. Das hat sich aber gelohnt. Ich glaube, dass der Kanton für die Zukunft ein gutes Modell erarbeitet hat, auf dem weiter aufgebaut werden kann. Wir sind für dieses Jahr zwar in der Kritik gestanden. Wenn ich aber die kürzlich publizierte Untersuchung des Preisüberwachers anschau, so werden wir ab Januar einer der wenigen Kantone sein, die über ein sachlogisches, in sich geschlossenes System mit unterdurchschnittlichen Gesamtkosten verfügt. Gleichzeitig sind wir auch der Vollkostenrechnung ein gewichtiges Stück näher

gekommen. Mit der Erhöhung des Investitionsanteils besteht eine grössere Planungs-sicherheit. Sie können sich besser „roden“. Allerdings wird es noch einige Jahre dauern, bis auch die entsprechenden Rücklagen getätigt sind.

Genauso wird es mit der Neuauflage der Heimplanung geschehen. Wir haben das Anliegen der GSA aufgenommen und den Einbezug skizziert. Ihre Meinung ist uns wichtig und wir werden sie gerne einfließen lassen. Zumal die Entwicklung ständig schneller wird und sich auch im Bereich der Alters- und Pflegeheime rasche Veränderungen abzeichnen. Ich denke hier beispielsweise an demenzkranke Menschen, die einen grossen Aufwand an Betreuung einfordern und auch gewisse bauliche Lösungen implizieren. Ein grosses Thema ist die demografische Entwicklung. Heisst mehr alte Menschen einfach mehr Plätze? Ich glaube, dass diese Gleichung nicht immer aufgeht. Die Entwicklung der Nachfrage muss ebenfalls einbezogen werden. Hier haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutliche Veränderungen ergeben. Die Menschen treten später ins Heim ein, oft erst dann, wenn sie pflegebedürftig sind. Die Ansprüche an Heime werden bezüglich Komfort höher. Die Pflegefinanzierung mit der finanziellen Entlastung der Budgets der Bewohnerinnen und Bewohner oder der Angehörigen wird auch darauf einen Einfluss haben. Das vorhandene Geld kann sich in einer Nachfrage nach besserem Komfort ausdrücken und damit auch die Konkurrenz zu den aus rein ökonomischen Gründen geführten Heimen oder Pflegeplätzen verstärken. Wie an anderen Schnittstellen des politischen Handelns wird diese wettbewerbsrelevante Fragestellung auch Eingang in die Politik finden. Ich hoffe, sie wird nicht ideologisch, sondern bedarfsorientiert gelöst. Ich weiss, das schränkt die Bewegungsfreiheit etwas ein, aber zahlt sich auf der Zeitachse aus.

Bei all den Fragen, die wir zur Zeit wälzen, geht manchmal die Diskussion darüber verloren, welches denn der tiefere Sinn dessen ist, dass wir Aufenthalts- und Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen bereitstellen. Es im Grunde genommen ganz einfach: Jede Frau und jeder Mann hat auch im Alter Anspruch darauf, ein würdiges Leben zu führen. Wer nicht mehr zuhause sein kann, soll ein anderes Zuhause haben, in dem für ihn oder sie gesorgt wird. Umgekehrt sollen diejenigen, die von dieser Gemeinschaftspflicht entlastet werden, wissen, dass das auch etwas kostet. Dem Staat aufgrund des Wunsches nach mehr persönlicher Freiheit Dinge zu übertragen, dann aber nicht bereit sein, dafür auch einen Obolus zu entrichten, das geht nicht auf. Oder anders gesagt: Wer sich einer Pflicht entledigt und dann auch noch meint, die Steuern senken zu müssen, der verabschiedet sich nicht nur aus der Solidarität mit dem Gemeinwesen, sondern auch von der Sorge um seine Liebsten, die er dem Staat überantwortet, ohne die notwendigen Mittel dafür bereitstellen zu wollen. Das hört sich jetzt fast schon ein bisschen trotzig an, was ich da sage. Die Regierung ist aber guten Mutes, dass das Kantonsparlament ihm in der Budgetdebatte auch folgen und auf eine Steuersenkung verzichten wird.

Die Gemeinschaft Solothurnischer Alters- und Pflegeheime ist ja vergleichsweise noch jung. Mit 20 Jahren könnten Sie fast noch Narrenfreiheit beanspruchen. Das Sie dies von Beginn weg nie mussten, liegt vermutlich daran, dass Sie sich in ihrer Umgebung täglich von der Weisheit des Alters inspirieren lassen können. Davon profitieren wir auch in der Regierung hautnah. Je nach Standpunkt kann man uns Ü 50 oder U 70 nennen. Die Regierung dankt Ihnen allen deshalb nicht zuletzt auch in eigenem Interesse für Ihren Einsatz für das Gemeinwohl und wünscht Ihnen und den derzeitigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern ihrer Alters- und Pflegeheime auch für die kommenden Jahre alles Gute.